

Personen, die unter dem Einfluß der gegnerischen Kampagne Straftaten begingen und deshalb strafrechtlich verfolgt wurden, werden als Helden und Märtyrer glorifiziert und ihnen Beistand und Solidarität versichert. Die gegen sie durchgeführten Maßnahmen der Staatsorgane werden dagegen als "Willkürakte" und als Rechtsverletzungen dargestellt, und zur Forcierung der Hetz- und Verleumdungskampagne ausgenutzt. Die aus unterschiedlichen Gründen erfolgte Entlassung bestimmter Personen aus der Staatsbürgerschaft der DDR wird als Erfolg des "westlichen Drucks" und des "hartnäckigen", "furchtlosen" Vorgehens derselben deklariert.

Darüber hinaus werden Schriftstücke und Meldungen mit die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung diskriminierendem Inhalt veröffentlicht, als deren Autoren Antragsteller angegeben werden, und damit die Vorstellung bei Antragstellern suggeriert, daß durch öffentlichkeitswirksames Auftreten mit groben Angriffen gegen die DDR das Genehmigungsverfahren für die Antragstellung im Sinne der Antragsteller beschleunigt werden könnte.

Die Antragsteller werden aufgefordert,

- Verbindung aufzunehmen insbesondere zu Organisationen, Einrichtungen und Gruppen, die unter Vortäuschung des Kampfes für die Verwirklichung der Menschenrechte gegen die DDR tätig werden, wozu als vermeintlich gefahrlose und sichere Wege der Verbindungsaufnahme unter anderem die Inanspruchnahme in der DDR akkreditierter diplomatischer Vertretungen und Korrespondenten sowie persönliche Übermittlung unter Ausnutzung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs empfohlen werden;
- Schriften zur Verleumdung und Diskriminierung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung herzustellen und innerhalb und außerhalb der DDR zu verbreiten;